parlamentsreport

Ausgabe
Nr. 08 – 2019

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

2 Rechte der Frauen: Paritätsgesetz.
3 Petition: Rechtsrock verhindern angehört.
4 Azubi-Ticket ist voller Erfolg in Thüringen.
5 Erfolg: Straßenausbaubeiträge abgeschafft.

Kommentar

## Zusammenstehen. Am 1.Mai 2019 in Erfurt.

Foto: © Landtagsfraktion DIE LINKE

Von Susanne Hennig-Wellsow, Fraktionsvorsitzende

Erfurt wird am 1. Mai 2019 ein starkes Zeichen der Solidarität und Vielfalt setzen, gegen Rassismus und soziale Spaltung. Erfurt wird zeigen, dass Menschen aus aller Welt für Demokratie und Vielfalt gemeinsam handeln. Erfurt wird zusammenstehen.

30 Jahre Raubbau am Sozialstaat lassen immer mehr fragen: Kann ich mir meine Wohnung noch leisten? Was wird aus dem Job, den Kindern? Sie haben Angst. Sie fühlen sich von der Politik im Stich gelassen.
Die AfD leitet diese Angst um. Schuldig sind Geflüchtete, noch Schwächere, die gegen Schwache ausgespielt werden. Der Groll richtet sich gegen Ärmere, Homosexuelle, gegen Frauen, gegen Muslime, Jüdinnen und Juden. Er basiert auf Lügen: Die AfD leugnet den Klimawandel. Sie macht demonstrierende Jugendliche verächtlich. Der Holocaust hat nie stattgefunden, sagen einige von ihnen. Die Jahre zwischen 33 und 45 waren ein Vogelschiss.

In Ostdeutschland wird bald gewählt. Darum wird sich die AfD am 1. Mai 2019 in Erfurt als Ost- und Arbeiterpartei aufspielen und auch demonstrieren. Gegen Vielfalt, für Einfalt. Wahr ist: Angst macht die soziale Spaltung. Sie ist zu bekämpfen, um Demokratie zu schützen. Wir sehen uns am 1. Mai 2019 in Erfurt. Über 70 Organisationen rufen auf: Zusammenstehen!

# Schule vom Kind her denken

**Schule interessiert alle, von jung bis alt: Alle wissen,wie entscheidend die Jahre bis zum Schulabschluss für den weiteren Lebensweg sind.**

VON TORSTEN WOLF

Darum haben die Koalitionsfraktionen der LINKEN, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum guten Gesetzesvorschlag zur Weiterentwicklung des Thüringer Schulwesens aus dem Bildungsministerium einen umfangreichen Änderungsantrag eingebracht. Er wird übereinstimmend von den Landkreisen, Kommunen, den Eltern, den Schülerinnen und Schülern sowie den Gewerkschaften begrüßt. Schwerpunkte des Antrags: Veränderung der Klassen- und Schulgrößen, Übernahme der Vorschläge des Landkreistages, Eingangsklassenmindestgrößen an Grundschulen mit 15 und an weiterführenden Schulen mit 20 Schülerinnen und Schülern.

Veränderung bei der Inklusion: Klare Struktur bei Diagnostik und Ausbau des Elternwahlrechts. Kindern mit Förderbedarf wird der Zugang zum Gymnasium erleichtert. Förderzentren werden gestärkt. Verbesserungen im Bereich demokratische Schule: Mitwirkungsrechte von Schülerinnen und Schülern werden gestärkt, Klassenräte ermöglicht, die Schulkonferenz erhält mehr Befugnisse. Die Notengebung wird transparenter.

Die Gesamtschule wird als gleichberechtigte Schulart aufgenommen, die Qualitätsentwicklung der Ganztagsschule und der Schulsozialarbeit gestärkt.
Ein umfangreicher Anhörungsprozess mit Fachgesprächen und Konferenzen stand am Anfang der Gesetzgebung. Die Fraktion DIE LINKE ist sich sicher, dass mit dem von der Landesregierung vorgelegten und durch den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen weiterentwickelten Schulgesetz jedes Kind die beste schulische Entwicklung nehmen kann.

# Krankenhaus und Familie sind in Thüringen »Schutzräume«

Der im März vom Thüringer Migrationsministerium aktualisierte Erlass zur Regelung von Abschiebungen wird von Thüringer Flüchtlingsorganisationen begrüßt. Der Erlass gibt Thüringer Ausländerbehörden ermessensregelnde Hinweise, wonach ein stationärer Krankenhausaufenthalt eine Abschiebung sowohl für Patientinnen und Patienten als auch nahe Angehörige verbietet. Ein ärztliches Attest soll zum Nachweis genügen und die Regelungen sollen unterschiedslos auch für so genannte Dublin-Fälle gelten. »Damit ist endlich auch das Krankenhaus für Geflüchtete in Thüringen ein geschützter Raum, ebenso wie der Schutz der Familie nun auch für Hochschwangere kurz vor der Entbindung verbindlich festgeschrieben ist«, äußerte sich die flüchtlingspolitische Sprecherin der Thüringer Linksfraktion, Sabine Berninger, erleichtert.

Foto: ©Sabine Berninger

Mit dem Erlass zieht die Landesregierung die Konsequenz aus dem schändlichen Agieren des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das im Oktober 2018 einen werdenden Vater aus einem Krankenhaus in Saalfeld abschieben ließ, obwohl durch die Ausländerbehörde auf die unmittelbar bevorstehende Entbindung und die Vaterschaft hingewiesen worden war. Die Abschiebung war erst kurz vor dem Abflug in Frankfurt abgebrochen worden.

Ein ähnlicher Fall, der Abschiebeversuch einer risikoschwangeren Frau durch die Ausländerbehörde Ilm-Kreis, war im Mai 2018 durch den Thüringer Flüchtlingsrat öffentlich skandalisiert worden.
Die Thüringer LINKE. hatte auf Beschluss des Landesparteitages im Herbst einen bislang unbeantworteten offenen Brief an den Innenminister sowie den BAMF-Präsidenten geschrieben und eine Petition an den deutschen Bundestag gerichtet, über die noch nicht entschieden ist.

Im Thüringer Abschiebeerlass fehle noch »eine verbindliche Regelung für jugendliche unbegleitete Flüchtlinge.« so Berninger, die als Diplom-Sozialarbeiterin beruflich in der Kinder- und Jugendhilfe erfahren ist: »Die Jugendhilfe darf nicht mit dem 18. Lebensjahr abrupt enden.«

# Für Studis: Wegweiser durch den Gesetzesdschungel.

Gesetze haben so ihre Tücken. Vor allem die Sprache macht es Menschen oft nicht leicht, auf den ersten Blick zu erkennen, was geht, was nicht. Damit Studis schnell und einfach erfahren, welche Rechte sie mit dem neuen Hochschulgesetz haben, gibt es jetzt einen Wegweiser durch den Paragrafendschungel. Das Thüringer Hochschulgesetz wurde 2018 reformiert. Im Mittelpunkt der Reform standen die Demokratisierung der Hochschulen, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und bessere Studienbedingungen. Für die Studierenden beinhaltet dass Gesetz einige konkrete Verbesserungen. Die Anwesenheitspflicht in Vorlesungen und Seminaren gibt es nicht mehr. Zur Abmeldung von einer Prüfung reicht eine einfache Krankschreibung der behandelnden Ärztin oder des Arztes. In vielen Gremien der Hochschulen wie dem Senat oder Studienkommissionen wurde die Mitbestimmung gestärkt: Die Studierenden können besser als bisher über die Gestaltung der Hochschule und der Studienbedingungen mitbestimmen. Doch diese und viele andere Verbesserungen müssen erstmal gefunden werden in den 141 Paragrafen des neuen Gesetzes. Der Studiwegweiser durch das Hochschulrecht wird dabei eine Hilfe sein. Er fasst kurz und bündig die wichtigsten Regelungen für Studierende zusammen, damit nicht lange im Gesetz geblättert werden muss. Denn um die Rechte wahrzunehmen, muss Mensch sie kennen. Wo es den Wegweiser gibt? Christian Schaft, wissenschafts- und hochschulpolitischer Sprecher unserer Fraktion wird im Juni mit einer Campustour an den Thüringer Hochschulen unterwegs sein und den Wegweiser im Gepäck haben.

**Wer den Wegweiser schon vorher haben will, kann sich auch direkt per Mail (schaft@die-linke-thl.de) an ihn wenden. In diesem Sinne: Fight for your Rights!**

Foto: © Linksfraktion Thüringen

Aus den Fachbereichen

## »Sport und Tourismus: Gemeinsam für Thüringen«

Der tourismus- und sportpolitische Sprecher Knut Korschewsky, DIE LINKE, lädt am 23.Mai zur Landestourismus-Konferenz. »Sport und Tourismus – Synergien für ein aktives Thüringen« wird den touristischen Potenzialen von Aktivsport und internationalen Sportgroßveranstaltungen in Thüringen auf den Grund gehen, so den Biathlon- und Rodelweltmeisterschaften in Oberhof 2023. Doch der Thüringen-Tourismus hat mehr. »Thüringen ist Sport- und Tourismusland, ob zu Fuß, mit dem Rad oder auf dem Wasser. Es bietet Naturlandschaften zum Genießen für Aktivurlaubende. Im Winter kommen Skier hinzu, auch wenn der Klimawandel mehr Aufwand bei weniger Schnee fordert « sagt Korschwesky zur Konferenz. »Wir wollen den vielen Urlaubsmöglichkeiten mehr Raum schaffen. Spannende Diskussionen erwarten uns: Wie gelingt es, Sport und Tourismus besser zu verzahnen? Wie können Gastgewerbe und Regionen mehr von sportlichen (Groß-)Veranstaltungen und Angeboten profitieren? Wie müssen Investitionen angelegt sein, die ökonomisch effizient und nachhaltig sind? Nur mit einer ganzheitlichen Perspektive auf den Tourismus wird der Thüringen-Tourismus zukünftig Erfolg haben. Dazu werden wir soziale, ökonomische und ökologische Aspekte zusammen denken und bewerten.«

# Rechte der Frauen:

## Rot-Rot-Grün eröffnet Weg für quotierte Wahllisten.

**Macht, Löhne, berufliche Stellung und Teilhabe sind in unserer Gesellschaft ungleich verteilt. Ungleich verteilt zwischen Männern und Frauen. Und ungleich verteilt an Hand anderer Diskriminierungen wie Herkunft oder Klasse. Gegen all diese Diskriminierungsformen kämpft die LINKE an. Ohne sie gegeneinander auszuspielen.**

VON STEFANIE BORCK

Vor 100 Jahren wurde das Frauenwahlrecht erkämpft. Frauen haben seitdem formal das gleiche Recht – sich zur Wahl zu stellen und wählen zu gehen. Aber die Möglichkeiten, Chancen und Zugänge zum Recht sich zur Wahl zu stellen, sind ungleich verteilt. Dies zeigen die Frauenanteile in den deutschen Parlamenten sehr deutlich. Politik ist leider immer noch ein von Männern dominierter Bereich.

Mit dem »Siebten Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes – Einführung der paritätischen Quotierung« legt die rot-rot-grüne Koalition eine Gesetzesänderung vor, welche die Möglichkeit des Zugangs zu den Parlamenten gerechter gestaltet. Und zwar geschlechtergerechter. Die Landeslisten der Parteien für die Landtagswahl 2024 sollen abwechselnd mit Frauen und Männern besetzt werden. Ein »Reißverschlusssystem«, um den Anteil der Frauen auf den Listen und damit im Parlament zu erhöhen. Dies soll verpflichtend für die Partien geregelt werden. Diese Verpflichtung trägt dazu bei, dass das formale Recht der Frauen an parlamentarischer Beteiligung um eine reale Möglichkeit dieses Recht auch in Anspruch zu nehmen, erweitert wird.

So beschrieb es auch Anja Müller, Sprecherin für Bürger*innenbeteiligung der Fraktion DIE LINKE, in der Debatte: »Grundprinzip der parlamentarischen Demokratie ist, dass ein Parlament möglichst viele gesellschaftliche Gruppen angemessen repräsentiert. Und heute ist ein guter Tag für die parlamentarische Demokratie in Thüringen. Das Paritätsgesetz ist wichtiger Baustein zur Beseitigung bestehender gesellschaftlicher Diskriminierungen und für eine starke Selbstvertretung der Personengruppe der Frauen. Es ist urdemokratisches Prinzip.«

Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, wies im Namen der Fraktion darauf hin, dass der Gesetzentwurf als ein erster Schritt hin zu einer Parität gesehen wird. Im Erarbeitungsprozess wurden zwischen den Regierungsfraktionen verschiedene Wege für ein paritätisches Parlament diskutiert. Die Fraktion DIE LINKE präferierte dabei eine Lösung, welche auch die paritätische Besetzung der Landtagswahlkreise vorsah. Dass nun nur die paritätische Besetzung der Landeslisten in den parlamentarischen Gang gebracht wurde, ist aus Sicht der LINKEN ein Anfang und nicht das Ende.

Dem schloss sich in der Plenardebatte auch der Ministerpräsident Bodo Ramelow an:»Ob es weiteren Maßnahmen bedarf, das muss gesellschaftlich weiter entwickelt werden. Deswegen begrüße ich, dass die drei Fraktionen sich aufgemacht haben diesen Weg zu eröffnen.«

## »Was verstehen wir unter dem Rechte der Frau? Nichts anderes als das Recht des Menschen überhaupt!« (Anita Augspurg)

foto: © Linksfraktion Thüringen Landtag

# Rechtsrock verhindern

## Über 20.000 Menschen in Thüringen unterzeichnen Petition.

**Großes Interesse an der Öffentlichen Anhörung zum Thema »Rechtsrock« im Thüringer Landtag am 4. April 2019. Über 20.000 Bürgerinnen und Bürger unterzeichneten eine Petition, dass Rechtsrockkonzerte nicht als politische Versammlungen anzusehen sind. »Falsch ist jedoch der Weg der CDU, dem Problem mit einer Verschärfung des Versammlungsgesetzes zu begegnen«**
**sagt Anja Müller, Landtagsabgeordnete, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.**

foto: © Linksfraktion Thüringen Landtag

»Das ist ausdrücklich nicht die Absicht derjenigen, die diese Petition unterschrieben« so Müller weiter. »Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit soll und darf nicht weiter eingeschränkt werden. Wir wollen die Versammlungsbehörden darin unterstützen, den sogenannten Rechtsrockkonzerten wegen ihres kommerziellen Charakters den Versammlungsstatus zu versagen.«

Die Thematik Rechtskonzerte zeige, dass das Bestreben der LINKEN, das Staatsziel »Antifaschismus« in die Landesverfassung aufzunehmen, richtig sei. Dies bedeute, dass die inhaltliche Ausrichtung der Verfassung gegen rechtsextremistische Positionen stärker betont und Verfassungsinhalte, wie Grundrechte, Menschenwürdegarantie, Gleichheitsgebot, demokratische und pluralistische Gestaltung von Gesellschaft und Staat, gestärkt würden. Staatliche Stellen würden zudem verpflichtet, diese Ziele in ihrer Tätigkeit und bei der Anwendung von rechtlichen Vorschriften zu verwirklichen.

»Rechtsrockkonzerte sind keine politischen Versammlungen. Ich hoffe sehr, dass die Thüringer Gerichte die Möglichkeit nutzen, Rechtsrockverfahren direkt dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorzulegen, damit die Betroffenen ihr Verfahren nicht durch alle Instanzen tragen müssen« verlangt Anja Müller.

Die Polizeieinsätze bei den fünf Rechtsrock-Veranstaltungen im vergangenen Jahr kosteten Thüringen fast eine halbe Million Euro. Darin sind die Personalkosten für die Beamten noch nicht einberechnet.

In den vergangenen Jahren wurde mehrfach versucht, die Rechtsrock-Konzerte juristisch zu verhindern. Thüringer Verwaltungsgerichte haben ihnen jedoch regelmäßig den Status von politischen Kundgebungen zugebilligt. Dabei machen die Veranstalter erhebliche Umsätze mit diesen Konzerten. Allein mit den drei Veranstaltungen in Themar, so schätzt das Institut für Demokratie und Zivilentwicklung in Jena, könnten rund 250.000 Euro an Einnahmen alleine durch Eintrittsgelder realisiert worden sein.

Der Rechtsrock umfasst eine Fülle von Genres. Er vermittelt stets rechtsextreme, neonazistische und rassistische Vorstellungen auf ganz unterschiedliche Weise. Er ist ein Mittel, das vor allen Dingen Jugendliche für das Nazi-Gedankengut öffnen und auf Dauer gewinnen will. Der Kern sind die Texte, die sich mit simplen Reimen gegen die Verfassung, Demokratie, Linke oder Ausländer richten und zum »Widerstand« gegen diese aufrufen. Deutschland wird glorifiziert, die Nazivergangenheit zum Heldenepos. Das verstößt gegen das Grundgesetz.

Rechtsrock wird nicht ausschließlich von musikalischen Laien gespielt. Produktionen verschiedener heutiger Rechtsrock-Bands sind professionell aufgenommen. Einige dieser Bands leugnen ihre Nazi-Gesinnung, bekennen sich aber in Liedern offen oder zwischen den Zeilen zu ihr. Die verwendeten Symbole, das Design der CD-Hüllen, die Musik-Videos sowie das Auftreten der Bandmitglieder bei Konzerten und deren Aussagen in Interviews kennzeichnen das Genre: Es ist neofaschistisch und gefährlich. Rechtsrockkonzerte sind die Katalysatoren. Gut, dass sich Demokratinnen und Demokraten auch in Thüringen dagegen zur Wehr setzen.

## Glyphosat: Thüringens Ausstiegsantrag im Bundesrat von CDU-regierten Ländern blockiert

Die für den 12. April 2019 angesetzte Sofort-Abstimmung im Bundesrat über den Thüringer Antrag zum Glyphosat-Ausstieg wurde blockiert. Maßgeblich daran beteiligt waren die CDU-regierten Bundesländer. Der von Thüringen und Bremen gemeinsam eingebrachte Glyphosat-Ausstiegsantrag fordert, die Anwendung für Glyphosat so zu regeln, dass die Artenvielfalt auch auf den Ackerflächen in Zukunft geschützt wird. Zudem soll im Haus- und Kleintierbereich,an öffentlichen Verkehrsflächen, in öffentlichen Einrichtungen wie Kindertagesstätten und Grünanlagen und bei der Vorerntebehandlung das Glyphosat nicht mehr benutzt werden. Glyphosat ist das meistverkaufte Unkratvernichtungsmittel der Welt. Als sogenanntes »Totalherbizid« tötet es jede Pflanze, die nicht gentechnisch so verändert wurde, dass sie diesen Herbizideinsatz überlebt. Bekannt wurde es vor

foto: CC0, pixabay.com

allem unter dem Markennamen »Roundup«, ein Produkt von Bayer-Monsanto.
Die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) bewertet die von inzwischen über 40 Herstellern angebotenen Glyphosat-Produkte als »wahrscheinlich krebserregend«. Eine europäische Bürgerinitiative fordert mit 1,1 Millionen gesammelten Unterschriften das Verbot des Glyphosats: Anlass dafür war die Ende 2017 anstehende Wiederzulassung des Produkts in der EU. Das Ackergift gefährdet Insekten, Bienen und Feldvögel. Die Risiken für die Gesundheit von Menschen sind bekannt. Sie sind unverantwortlich. Das zeigen die verlorenen Prozesse von Bayer-Monsanto in den USA. Die schwerwiegenden Bedenken zum Krebsrisiko von Glyphosat konnten nie ausgeräumt werden.Trotz der Ankündigungen im Koalitionsvertrag der Bundesregierung wurde bisher kein Aktionsprogramm vorgelegt.

## » Keine Bodycams

Neue Zahlen: Bodycams überflüssig. Straftaten gegen Polizistinnen und Polizisten in Thüringen fast alle aufgeklärt.

Steffen Dittes, MdL, Fraktion DIE LINKE, hat die Landesregierung mit zwei Kleinen Anfragen zu den Straftaten gegen Polizeibeamte und zu Straftaten von Polizeibeamten befragt: Die aktuellen Zahlen besagen, dass »die Straftaten gegen Polizeibeamte im Vergleich zum Vorjahr weitgehend konstant geblieben sind, während wir eine enorme Aufklärungsquote verzeichnen können. Sie ist leicht auf 99,6 Prozent gestiegen, in sechzehn einzelnen Deliktschlüsseln liegt sie gar bei 100 Prozent. Gerade vor diesem Hintergrund ist es unbegründet, nach immer neuen Eingriffsbefugnissen und der Ausweitung von Videoüberwachung - auch durch den Einsatz von Bodycams - zu rufen und damit die Freiheitsrechte aller zu beschränken. Wer Polizisten in Thüringen körperlich attackiert, hat schon heute mit einer extrem hohen Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, dass er gefasst wird. Gleichzeitig geben uns auch bis zu 500 Ermittlungsverfahren jährlich gegen Thüringer Polizisten zu denken«. sagt Dittes, der innenpolitischer Sprecher seiner Fraktion ist.

## » Kein Ausschluss

Menschen mit Behinderungen dürfen nicht von Wahlen ausgeschlossen werden.
Das Bundesverfassungsgerichts entschied, Menschen in Vollbetreuung und gesetzlicher Unterbringung schon für die EU-Wahlen das Wahlrecht zu geben. Das ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer umfassenden, inklusiven Gesellschaft. Gleichzeitig ist die Entscheidung auch eine Bestätigung für die Abschaffung dieser Wahlrechtsausschlüsse durch ein rot-rot-grünes Gesetz in Thüringen, das am 3. April in Kraft getreten ist. Es gilt bereits bei den Kommunalwahlen am 26. Mai und den Landtagswahlen am 27. Oktober.

# Voller Erfolg für das Azubiticket:

## Thüringer Nahverkehr mit Zukunft. Mit Fahrgastverbänden und Verkehrsunternehmen im Gespräch.

Die verkehrspolitischen Sprecher Dr. Gudrun Lukin (DIE LINKE), Roberto Kobelt (B90/DIE GRÜNEN) und Frank Warnecke (SPD) der rot-rot-grünen Regierungskoalition luden am 9.4.2019 Fahrgastbeiräte und Verkehrsunternehmen zum Erfahrungsaustausch in den Landtag. Staatssekretär Dr. Klaus Sühl und die Thüringer Nahverkehrsgesellschaften beantworteten die zahlreichen Fragen.

Foto: ©Linksfraktion Thüringen

670 Stellungnahmen zu den Fahrplänen in Thüringen 2020 wurden ausgewertet, die Weiterentwicklung des Verkehrsverbundes in Thüringen und die Chancen der Digitalisierung diskutiert.

Für den Freistaat wichtige Buslinien werden stärker gefördert. Sechzehn von ihnen verbinden bereits Bahnhalte über die Grenzen von Landkreisen hinaus mit dem ländlichen Raum. Auch das Azubiticket zählt zu den Erfolgen der rot-rot-grünen Verkehrspolitik. 4667 Exemplare wurden inzwischen verkauft. Mehr als 10 Prozent der Auszubildenden im Freistaat nutzen also die vom Land mit 103,87 Euro geförderte Monatskarte. Einzige Ausnahme: Der Landkreis Greiz, der das Ticket nicht anerkennt.

Das Azubiticket ist ein Beispiel für gute Zusammenarbeit der Verkehrsunternehmen, die weiter zu fördern ist. Der Verkehrsverbund Mittelthüringen (VMT) und der Verband Mitteldeutscher Omnibusunternehmer (MDO) arbeiten an einer Verbesserung der Fahrgastinformationen. Sie prüfen unterschiedliche Fahrstrecken und die möglichen entstehenden Kosten, um so einen einheitlichen Fahrscheins für ganz Thüringen zu verwirklichen. Viele unterschiedliche Tarife machen das nicht einfacher. Auch die Thüringer Landkreise müssen weiter davon überzeugt werden, sich an einem Verkehrsverbund für ganz Thüringen zu beteiligen.

Die Abgeordneten der Rot-Rot-Grünen Koalition kündigten an, die Mittel im Haushalt 2020 für den ÖPNV und das Azubiticket weiter erhöhen.So sollen auch die Bundesfreiwilligendienstleistenden in Zukunft dieses Ticket nutzen können.

**Rock Am Berg Open Air 2019**

## WIR ROCKEN RECHTS WEG!

Unter dem Motto »Wir rocken Rechts weg!!« findet in diesem Jahr vom 13-15. Juni das 14. Festival »Rock am Berg« statt. Im Waldstadion in Merkers sind Kettcar, Frittenbude, Adam Angst und Sondaschule - um nur enige zu nennen - zu sehen und zu hören. Das Festival verbindet verschiedene Musikstile miteinander - immer bunt, immer frei, wie die ehrenamtlichen Veranstalter um Sven Schlossarek betonen. Und immer gegen rechts in Thüringen und anderswo.- und das gemeinsam der IG Metall, der linksjugend solid und McBit, die alle mit Infoständen auf dem Festival zu Gast sind. Klar, dass dieses Festival keinen Profit macht, klar dass die gute Laune, die über dem Waldstadion in Merkers Mitte Juni liegen wird, viel mit der Freude derjenigen zu tun hat, die mitten in Thüringen dieses Festival auf die Beine stellen, zu dem Acts wie Kettcar oder Frittenbude gerne kommen, auch weil sie die Botschaft des Festivals teilen.

Drei Tage lang gute Musik, drei Tage lang das gute Gefühl, auch so gegen rechte Machenschaften zu demonstrieren, drei Tage lang Kraft tanken für die kommenden Auseinandersetzungen. Das ist »Rock am Berg Open Air 2019« - und das es nun schon vierzehn Jahre alt wird, ist krass und lässt den diesjährigen Besuch zur Ehrensache werden. Wir sehen uns Mitte Juni im Sommersonnenschein in Merkers im Waldstadion. Rock am Berg 2019!.

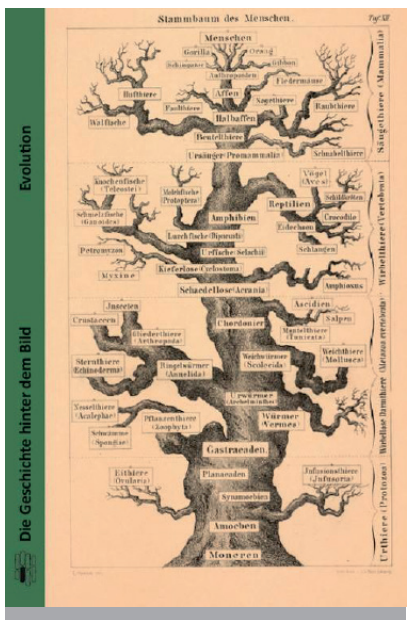
# Lesenswerte Neuerscheinung zur Evolution

VON STEFAN WOGAWA

Die Landeszentrale für politische Bildung Thüringen hat in ihrer Reihe »Die Geschichte hinter dem Bild« aktuell den Titel »Evolution« herausgebracht. Autor der Broschüre ist der Biologiedidaktiker und Wissenschaftshistoriker Uwe Hoßfeld, Professor an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Leiter der dortigen Arbeitsgruppe Biologiedidaktik. Das Bild, auf das sich der Reihentitel bezieht, ist in diesem Fall ein als Titelbild abgedruckter »Stammbaum des Menschen«, den der Jenaer Biologe Ernst Haeckel (1834-1919) entwarf.

Wenn man den Begriff Evolution höre, so Hoßfeld, denke man sofort an Biologen wie Charles Darwin und eben Haeckel, an den Urvogel Archaeopteryx, »den Widerstand der Intelligent Design-Bewegung und des Kreationismus gegen die Evolution(stheorie), an ausgestorbene Verwandte des modernen Menschen« oder an Stammbäume. Hoßfeld begründet, dass die Evolution, die Veränderung der Welt und der biologischen Arten über lange Zeiträume, eine historische Tatsache ist. Er erläutert die Entdeckung der Evolution durch Darwin und die Entstehung von dessen Evolutionstheorie und definiert wichtige Begriffe.

Hoßfeld betont die Bedeutung der organischen Evolution: »Bei einer wissenschaftshistorischen Retrospektive durch die Jahrhunderte erweist sich




diese als besonders interessant, da sie in fast alle Bereiche des menschlichen Daseins hineinspielt.« Gerade hinsichtlich Politik und Ideologie lassen sich hierfür abschreckende Beispiele aus Thüringen finden.

So versuchte 2005 der damalige Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzende Dieter Althaus allen Ernstes, im Folgejahr einen prominenten Vertreter des Kreationismus (einer Spielart der biblischen Schöpfungslehre) und erklärten Gegner der Evolutionstheorie bei einer offiziellen Veranstaltung der Thüringer Staatskanzlei auftreten lassen. Es gebe zur Evolution »kein abgeschlossenes wissenschaftliches Konzept«, begründete Althaus und ließ einen Sprecher deutlich machen, dass die von ihm geführte Landesregierung in der biblischen Schöpfungslegende und der naturwissenschaftlichen Evolutionstheorie gleichwertige Erklärungsansätze zur Entstehung und Entwicklung des Lebens sah. Das Vorhaben, das bundesweit für Schlagzeilen sorgte, scheiterte am öffentlichen Widerstand.

Heute kommen schrille Stimmen etwa aus dem Narrensaum der AfD. Deren Thüringer Landesvorsitzender Björn Höcke hatte in einer Rede im November 2015 behauptet, die Evolution habe Europa und Afrika »zwei unterschiedliche Reproduktionsstrategien beschert« und vom »afrikanischen Ausbreitungstyp« schwadroniert – das ist biologistisch verbrämter Rassismus.

Hoßfeld beendet seine Darstellung mit modernen Auffassungen zur Evolution und bilanziert mit Blick auf Darwin: »Es hat sich weder die wissenschaftliche Fruchtbarkeit seines Forschungsprogramms erschöpft, noch ist ein Ende der weltanschaulichen Auseinandersetzungen um den Darwinismus abzusehen.«

**Uwe Hoßfeld: Evolution (hrsg. von der Landeszentral für politische Bildung Thüringen, Reihe »Die Geschichte hinter dem Bild«), Erfurt 2019, 36 S., ISBN 978-3-946939-56-6**

# Mieten sozial machen

## Interview mit der Fraktionsvorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow

**Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, im Interview mit dem Parlamentsreport zum Thema Wohnen in Thüringen**

**Parlamentsreport (PR): Sie haben kürzlich die Initiative der Landesregierung begrüßt, den Rückkauf der Geraer Wohnungsbaugesellschaft finanziell zu unterstützen und die Gründung einer Landeswohungsbaugesellschaft vorzubereiten. Warum?**

Susanne Hennig-Wellsow (SHW): *Wohnungen in öffentlicher Hand sind aus Sicht der Mieterinnen und Mieter unterm Strich die bessere Alternative zu privaten Eigentümern, gerade dann, wenn es sich um so genannte Großinvestoren handelt. Denen geht es in erster Linie um einen größtmöglichen Gewinn. Das Interesse der Menschen an bezahlbarem Wohnraum gehört nicht zu den Unternehmensinteressen. Deshalb setzt sich meine Fraktion für den Bau von preiswerten Wohnungen durch das Land ein.*

**PR: Aber brauchen wird das in Thüringen wirklich? Schließlich herrschen doch hier am Wohnungsmarkt keine Verhältnisse wie in München oder Berlin, wo in den Innenstädten nur noch Besserverdienende sich die Anmietung einer Wohnung leisten können.**

*SHW: Wir sind noch ein gutes Stück von solchen Verhältnissen entfernt. Das stimmt. Aber die Entwicklung geht in die gleiche Richtung. Die Durchschnittsmiete liegt in Thüringen gegenwärtig bei rund 5,50 Euro. In Jena, Erfurt und Weimar muss man im Schnitt bereits 7 Euro und mehr zahlen, Tendenz stark steigend. Hier müssen wir handeln. Für meine Fraktion hat der Anspruch auf bezahlbaren Wohnraum klare Priorität. Es gibt ein Grundrecht auf Wohnen, aber es gibt kein Grundrecht auf Profit durch Vermietung.*

**PR: Schön und gut. Aber wie wollen sie das umsetzen?**

*SHW: Wir gehen zwei Wege. Zum einen wollen wir mit einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft mehr bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen. Allein in Erfurt - einer wachsenden Stadt - werden bis 2030 mindestens 13.000 neue Wohnungen benötigt. Wenn wir hier allein auf den privaten Wohnungsbau vertrauen würden, bekämen wir hauptsächlich hochpreisige Wohnungen. Aber wir brauchen vor allem Wohnraum mit günstigen Mieten. Bereits jetzt sind große Teile der Bevölkerung sehr stark durch Mietzahlungen belastet. Hierzu gehören insbesondere kleine Haushalte, etwa von Senioren, Alleinerziehenden, Erwerbslosen, Studierenden oder auch Auszubildenden. Jeder vierte Thüringer Haushalt muss über 30 Prozent seines Einkommens für die Miete aufwenden. In Städten wie Erfurt, Weimar und Jena sind schon deutlich mehr Haushalte betroffen. So darf das nicht weitergehen. Sozialer Wohnungsbau ist deshalb das beste Mittel gegen Mietwucher.*

**PR: Aber nicht jeder, der oder die heute viel fürs Wohnen zahlt, wird in eine neu gebaute Wohnung des Landes ziehen können!**

*SHW: Richtig. Deshalb werden wir in den Städten die Mieten deckeln, in denen die Mieten explodieren. Das bedeutet, dass die Mieten im Wohnungsbestand einen bestimmten Preis pro Quadratmeter nicht übersteigen dürfen. Mietrechtsexperten sehen die Gesetzgebungskompetenz klar bei den Ländern. Das heißt, als Land haben wir die Möglichkeit, die Mietenspirale aufzuhalten. Und ich füge hinzu: Die Politik hat auch die Pflicht das zu tun!*

**PR: Aber mit der Mietpreisbremse und der Begrenzung des Mietenanstiegs, der so genannten Kappungsgrenze, gibt es doch schon entsprechende Bundesgesetze. Warum dann noch eine spezielle Regelung für Thüringen?**

*SHW: Weil beide Instrumente, Mietpreisbremse und Kappungsgrenze, zahnlose Tiger sind. Sie verlangsamen im besten Fall den Mietenanstieg, aber sie verhindern ihn nicht. Gerade das brauchen wir heute aber. Deshalb ist der Mietendeckel die richtige Antwort.*

**PR: Kritiker werfen der Landesregierung vor, durch den Rückkauf der Geraer Wohnungsbaugesellschaft würde kein zusätzlicher Wohnraum geschaffen. Wie sehen Sie das?**

*SHW: Beim Rückkauf in Gera geht es in erster Linie darum, für die Mieterinnen und Mieter bezahlbares Wohnen auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten zu garantieren und natürlich kann und wird auch eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft bei Bedarf neuen Wohnraum schaffen. Nicht zur Gewinnoptimierung, sondern für die Mieterinnen und Mieter. Wenn ein privater Investor zum Zuge käme, der es darauf absieht, die Mieten nach oben zu treiben und nach ein paar Jahren die Wohnungen meistbietend weiterzuverhökern, wäre das Gegenteil der Fall. Deshalb geht die Kritik ins Leere. Verantwortliche Politik muss die Wohnungsfrage immer von den Menschen her denken. Das Interesse an bezahlbarem Wohnraum muss an erster Stelle stehen. Für die Fraktion DIE LINKE tut es das!*

## Hennig-Wellsow: »Wir bauen mehr Sozialwohnungen und werden die Mieten in den großen Städten deckeln!«

**Kommunales**

## 25 Jahre Widerstand – jetzt werden die Straßenausbaubeiträge abgeschafft

Von Frank Kuschel, Mitglied des Thüringer Landtags, Fraktion DIE LINKE

LINKE, SPD und B90/Grüne haben am 12. April 2019 angekündigt, im Mai 2019 einen Gesetzentwurf zur gesetzlichen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in den Landtag einzubringen und noch in dieser Wahlperiode zu verabschieden. Die Regierungsfraktionen haben sich darauf verständigt, für alle neuen Straßenausbaumaßnahmen, die ab 1. Januar 2019 begonnen wurden, diese umstritten Beiträge abzuschaffen und den Gemeinden die hierbei auftretenden Einnahmeverluste zu erstatten. Auch für alle laufenden, bis 31. Dezember 2018 noch nicht abgeschlossenen Ausbaumaßnahmen sollen keine Straßenausbaubeiträge mehr erhoben werden.

Zu diesem Gesetzesvorhaben gab es Gespräche mit der CDU und dem Gemeinde- und Städtebund.
Noch keine Lösung gibt es für die Fälle, bei denen die Beitragspflicht zwar schon vor dem 31. Dezember 2019 entstanden war, die Gemeinden aber noch keine Straßenausbaubeiträge per Bescheid festgesetzt haben. Sie sollen mögliche Modelle im Rahmen der Gesetzesanhörung mit den Sachverständigen und Gutachtern geprüft und diskutiert werden. DIE LINKE ist an einer Lösung interessiert, damit nicht nach der gesetzlichen Abschaffung die Gemeinden für Ausbaumaßnahmen aus der Vergangenheit Beitragsbescheide verschicken müssen.
DIE LINKE fordert seit 1994 die gesetzliche Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Nun ist die Lösung nah. Fast 25 Jahre Widerstand und Kampf gegen die Straßenausbaubeiträge könnten sich auszahlen. Erst nachdem auch in anderen Bundesländern diese Beiträge in Frage gestellt und abgeschafft wurden, haben sich SPD und auch die CDU von ihren bisherigen Positionen verabschiedet und sich zur gesetzlichen Abschaffung dieser Beiträge bekannt. Besser spät als nie.

Nebenbei notiert

## Vorsicht: FDP will Standards schleifen

VON STEFAN WOGAWA

Erinnert sich noch jemand an Dieter Althaus? Der verflossene CDU-Grande verteidigte einst vehement die Idee, in Ostdeutschland die Wirtschaft mit »Sonderregelungen« voranzubringen. Heraus kam natürlich Unsinn, ökonomisch wie sozial: die Niedriglohnstrategie, zu deren eifrigen Propagandisten Althaus zählte, ist eine Hypothek, an der die ostdeutschen Bundesländer noch heute kranken. Und für Betroffene bedeuten niedrige Löhne immer auch niedrige Rente, während Althaus als gut bezahlter Wirtschaftslobbyist inzwischen höchstoffiziell das macht, was er vorher implizit wohl auch schon getan hat.
Aufgegriffen wurde solcherart Mumpitz 2019 von der FDP. Von »Sonderwirtschaftszonen« schwafeln deren Protagonisten, die sie in Ostdeutschland einrichten wollen. In diesen ominösen Zonen sollen »weniger bürokratische Regeln herrschen« und – aufgepasst – »Gesetze auf den EU-Mindeststandard zurückgeführt werden«, denn »die vorherrschenden Regelungen« seien »überfrachtet«, wie der thüringische FDP-Vorturner Thomas Kemmerich einer Zeitung verriet. Wenn man den neoliberalen Dummschwätz der FDP übersetzt: Offenbar sollen in den ostdeutschen »Sonderwirtschaftszonen« die sonst bundesweit üblichen Standards nicht gelten. Die treuherzige Ankündigung des FDP-Vorsitzenden Christian Lindner, er setze sich dafür ein, »dass die Menschen sich frei entfalten können«, entpuppt sich – was für eine Überraschung – als sinnentleert. Übrigens sind das, was Kemmerich nonchalant als »Regelungen« umschreibt, Gesetze und Tarifverträge. Genau die halten Kemmerich und seine Kumpane also für »überfrachtet und abschreckend«? Das betrifft dann Löhne, Arbeitsbedingungen, Arbeitsschutz? Die neoliberale FDP steuert wieder einmal ins politische Absurdistan.

**Immer auf dem Laufenden bleiben! Mehr Infos über die Arbeit unserer Landtagsfraktion finden Sie hier:**

### Parlamentsreport

Alle zwei Wochen erscheint der ParlamentsReport unserer Fraktion als Beilage zur Thüringer UNZ – Unsere neue Zeitung (www.unz.de). Darin finden Sie unsere wichtigsten Themen, aktuelle Gesetzesinitiativen, Auszüge aus Landtagsreden, Berichte über Aktionen und Veranstaltungen, Hintergrundinformationen und vieles mehr. Online können Sie die aktuelle Ausgabe, sowie alle alten Ausgaben jederzeit im Internet nachlesen (www.die-linke-thl.de/nc/mediathek/parlamentsreport).

### Web 2.0

Aktuelle Informationen über die Arbeit unserer Fraktion finden Sie auch auf www.twitter.com/Linke_Thl und bei www.facebook.com/linke.Thueringen, Videos von Reden und Aktionen bei www.youtube.com/Linksfraktionthl sowie Fotos unter www.flickr.com/linksfraktion-thueringen.

### Video-Livestream

Einen Video-Livestream von den meist einmal im Monat stattfindenden Plenarsitzungen des Thüringer Landtages finden Sie während der Sitzungen auf unserer Webseite (www.die-linke-thl.de) und auf der Internetseite des Landtages (www.landtag.thueringen.de) eingeblendet. Dort finden Sie auch die Termine der Sitzungen.

### Im Internet

Aktuelle Infos aus unserer Fraktion, Pressemitteilungen, die Kontakte zu unseren Abgeordneten, Termine, Reden und Anträge unserer Fraktion, Broschüren und Flugblätter sowie Hintergrundinfos zu unseren Positionen finden Sie im Internet unter www.die-linke-thl.de.

# Fachkräftemangel in Thüringen überwinden.

In Thüringen werden Fachkräfte dringend gebraucht. Da hilft ein Meinungsaustausch zwischen Gewerkschaft und Politik weiter. Der Antrags »Fachkräfteentwicklung in Thüringen: Beschäftigte halten, bilden, fördern« der Thüringer Regierungsfraktionen wurde diskutiert. Um Fachkräfte für Thüringen anzuwerben, sind gute Arbeits- und Lebensbedingungen unerlässlich. Dazu gehören gute Löhne, eine attraktive Arbeitsumwelt und kollegiale, gute Verhältnisse untereinander. Die Möglichkeit zur Mitgestaltung im Job sind wichtig. Ein Arbeitsklima, das Gesundheit und Kreativität fördert, ist wichtig. Aber auch: Wie können die Beschäftigten ihre fachlichen und kreativen Fähigkeiten so in die Arbeit einbringen, dass es für alle gut ist? Wer das im Interesse der Fachkräfte beantwortet, wird für Arbeit und Leben in Thüringen interessieren.

Nicht nur kleinen und mittelständischen Betrieben muss geholfen werden, für bessere Vereinbarkeit von Arbeit, Leben, Beruf und Familie zu sorgen. Junge Menschen müssen ihre Rechte kennen und

für sie eintreten. Vieles davon ist in der Schule zu vermitteln. Demokratie lernen und leben muss berufliche Mitbestimmung einschließen. Forderungen nach mehr Lohngerechtigkeit, einer echten Angleichung der Löhne und Gehälter an das Westniveau sind wichtig, aber reichen nicht aus: Thüringen muss für gute Arbeit, gute Bildung, sozialen Zusammenhalt stehen.

Die Gewerkschaften betonen,dass die Wirtschaftsförderung des Landes und die Vergabe öffentlicher Aufträge noch stärker auf Tarifbindung achten müssen. Die Menschen in Thüringen müssen im Durchschnitt drei Wochen pro Jahr mehr arbeiten. Sie erhalten trotzdem immer noch 24 Prozent weniger Geld. »Das ist Lohn- und Zeitraub. Diese Ungerechtigkeit muss endlich überwunden werden« sagt die Gewerkschaft. Sie betont, dass »die aktuelle Landesregierung bereits Forderungen und Vorschläge der Gewerkschaften - stärker als ihre Vorgängerregierungen - aufgegriffen und teils bereits umgesetzt haben. Das sind Schritte in die richtige Richtung.«

»Es tut gut zu spüren, wie wir jetzt an einem Strang ziehen. Das ist ein wichtiges Ergebnis von Rot-Rot-Grün. So kommen wir voran« sagt Ina Leukefeld, die arbeitspolitische Sprecherin der LINKEN in der Bewertung des Gesprächs zwischen den Thüringer Regierungsfraktionen und den Gewerkschaften.

**Wir können Haushalt.**

**Impressum** HERAUSGEBER: Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt | REDAKTION: Annette Rudolph (V. i. S. d. P.), Telefon: 0361 377-2325, Fax: 0361 377-2321, E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de, Internet: www.die-linke-thl.de | Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des »Parlamentsreports« keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. | GESTALTUNG: Uwe Adler, Weimar, www.facebook.com/gestaltunguweadler